

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **288 (2009)**

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-377392>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Umweltkatastrophen bewegen uns nicht selten mehr als politische Ereignisse. Und öfter werden sie ihrerseits zu Themen der grossen Politik. Glaubt man den Klimaforschern, wird die Zahl und die Stärke von Wirbelstürmen, Erdbewegungen und Überschwemmungen in den kommenden Jahren weiter steigen. Trotz der Häufigkeit solcher Ereignisse hat indessen selten eine Unwetter-Katastrophe weltweit so hohe politische Wellen ausgelöst wie der Tropensturm, der Anfang Mai 2008 Burma heimsuchte. Seit 1962 wird Myanmar – wie sich der fernöstliche Staat offiziell nennt – von einer Militärjunta regiert.

Burma gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Selten haben Machthaber menschenverachtender auf eine Katastrophe reagiert.

Der Zyklon «Nargis» war am 3. Mai südwestlich der Hafenstadt Rangoon auf das asiatische Festland geprallt. Mit Windspitzen von über 165 Kilometern raste der Sturm über das flache Delta des Irrawaddy-Flusses: Ganze Dörfer wurden vom Orkan wegrasiert. Auch in Rangoon hinterliess «Nargis» riesige Zerstörungen: Häuser wurden abgedeckt, Bäume geknickt oder umgeworfen. Nach Angaben der staatlichen Medien kamen 78 000 Menschen ums Leben;

Hunderttausende wurden obdachlos und Zehntausende blieben vermisst, so dass die effektive Opferzahl wohl weit über 100 000 lag. Besonders schlimm: Die Winde trieben das Wasser aus dem Indischen Ozean direkt in die Mündungsarme des Flussdeltas hinein. Im Zusammenspiel von Sturmflut, auflaufendem Flusswasser und hohen Niederschlagsmengen standen niedrig gelegene Gebiete im Flussdelta des Irrawaddy stundenlang bis zu 3,5 m unter Wasser. Dörfer und Reisfelder wurden überflutet; viele der Opfer ertranken.

Machterhalt statt Humanität

Obschon sich das Ausmass der Katastrophe rasch abzuzeichnen begann – Schätzungen zufolge befanden sich gegen zwei Millionen Menschen in akuter Not –, liess das Regime Unterstützung aus dem Ausland nur zögerlich zu. Mitarbeitern zahlreicher Hilfsorganisationen wurden Visa verweigert, Hunderte von Helfern sassen in Bangkok wegen bürokratischer Hürden fest. Hilfslieferungen wurden vom Militär beschlagnahmt. Dem Ausland wurde beschieden, die betroffenen Menschen bräuchten keine Schokoladeriegel, sie könnten sich auch von Fröschen und Schnecken ernähren. Dass



Der Tropensturm «Nargis» verwüstet in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai zahlreiche Dörfer und Städte im Süden Myanmars sowie die Hafenstadt Rangoon. Weit über 100 000 Menschen finden bei dieser Katastrophe den Tod.

den Generälen der eigene Machterhalt wichtiger war als die Rettung von Menschenleben, demonstrierte es auf besonders zynische Art, indem es ein für den 10. Mai geplantes Referendum für eine neue Verfassung wie vorgesehen durchführen liess.

Seitens der Uno wurde die Hilfsverweigerung als «beispiellos» in der Geschichte der internationalen Katastrophenhilfe gezeigelt. Einzelne Organisationen regten an, zugunsten der notleidenden Bevölkerung eine Luftbrücke ohne Zustimmung der Regierung einzurichten, und Rufe nach einer durch die Uno sanktionierten Invasion wurden laut. China und Russland liessen jedoch keinen Zweifel, dass sie niemals grünes Licht für eine «humanitäre Intervention» geben würden.

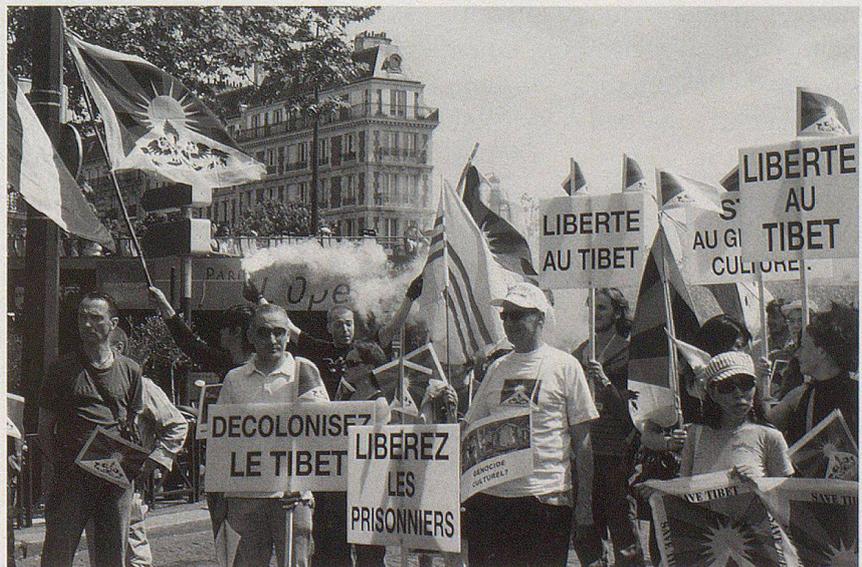
Mönche gegen Generäle

Mit der selben Skrupellosigkeit hatte das Militärregime im Herbst 2007 regierungsfeindliche Kundgebungen niederknellen lassen. Auslöser war die Streichung von Subventionen gewesen. Ohne Vorankündigung wurden die Preise für Treibstoffe am 15. August um 66 bis 100 Prozent erhöht. Nach ersten spontanen Kundgebungen von Studenten in Rangoon sprang der Protestfunke auf Klöster in Zentralburma über: Am 5. September demonstrierte eine Gruppe von 600 Mönchen in der Stadt Pakokku (zwischen Man-

dalay und Bagan) gegen die schlechten Lebensverhältnisse. In den folgenden Tagen weitete sich der Protest sukzessive auf das ganze Land aus: Am 24. September gingen in Rangoon zwischen 100 000 und 130 000 Menschen auf die Strasse. Auch politische Forderungen nach einer Öffnung des Landes und nach einem Einbezug der Opposition wurden vorgetragen. Am 26. September schlug das Regime zurück: Es verhängte eine Ausgangssperre und ging mit Waffengewalt gegen die Demonstrierenden vor. Wie viele Opfer die Niederschlagung des Protestes forderte, blieb unklar; allein in Rangoon starben mindestens 15 Personen, unter ihnen ein japanischer Kameramann, der von einem Soldaten kaltblütig ermordet wurde. Tausende von Menschen wurden verhaftet.

Tibeter gegen China

Auch das benachbarte China erlebte politische Erschütterungen: Am 10. März 2008, dem 49. Jahrestag der Niederschlagung des tibetischen Volksaufstandes, gingen Mönche des ausserhalb von Lhasa gelegenen Klosters Sera auf die Strasse. In einer gewaltfreien Kundgebung forderten sie die Rückkehr des Dalai Lama und Unabhängigkeit für Tibet. Die chinesischen Behörden liessen den Protest zunächst gewähren. Am 14. März kam es zu Ausschreitungen in der mehrheitlich von Tibetern bewohnten Altstadt Lhasas. Sie richteten sich vor allem gegen eingewanderte Chinesen. Mehrere Geschäfte wurden geplündert, Fahrzeuge in Brand gesetzt. Die Sicherheitskräfte wandten jetzt Gewalt an, um die Unruhen



Bilder: Keystone

Der Fackellauf im Hinblick auf die Olympischen Sommerspiele in Peking führt in verschiedenen Städten, namentlich in Paris (Bild), zu heftigen Kundgebungen gegen die chinesische Tibet-Politik.

zu unterdrücken. Diese weiteten sich jedoch in den folgenden Tagen auf die ebenfalls von Tibetern bewohnten Nachbarprovinzen Sichuan, Gansu und Qinghai aus. In seinem indischen Exil äusserte sich der Dalai Lama besorgt über die Gewaltexzesse, denen nach Angaben der Exilregierung 80 Menschen zum Opfer gefallen waren. Sollte die Gewalt seitens der Tibeter nicht aufhören, drohte er am 18. März mit seinem Rücktritt als politischer Führer und als Oberhaupt der Exilregierung. Das hinderte die chinesische Regierung nicht daran, den Dalai Lama zum Hauptverantwortlichen der Unruhen zu stempeln: Ministerpräsident Wen Jiabao unterstellte der tibetischen Autonomiebewegung, eine gezielte Vereitelung der Olympischen Sommerspiele zu betreiben. Im Westen löste die unnachgiebige Haltung der Chinesen gegen die Tibeter tatsächlich Diskussionen um einen Olympia-Boycott aus; einzelne Politiker wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel schlossen eine Teilnahme an der Eröffnungsfeier in Peking aus Protest aus. Bei dem von China mit grossem PR-Aufwand organisierten Fackellauf kam es in mehreren Städten – am heftigsten in Paris – zu antichinesischen Ausschreitungen.

Erdbeben

Die Volksrepublik China holte sich indessen wenige Wochen später Sympathien zurück: Ein

gewaltiges Erdbeben erschütterte am 12. Mai 2008 den Nordwesten der Provinz Sichuan. Das Beben hatte eine Stärke von 7,9 auf der Richterskala; sein Epizentrum lag 75 Kilometer von der Millionenstadt Chengdu entfernt. Nach offiziellen Angaben fanden 68'977 Menschen den Tod (Stand Ende Mai); mehrere tausend blieben unter den Trümmern begraben. In Sichuan und den angrenzenden Provinzen beschädigte das Erdbeben mehr als 5 Millionen Gebäude; ganze Stadtteile und Dörfer wurden zerstört. Besonders viele Opfer gab es in eingestürzten Schulen unter Kindern. Die Erdstösse waren so stark, dass sie selbst noch in Peking, Hongkong und Bangkok gespürt wurden. Anders als die burmesischen Generäle nach dem Wirbelsturm «Nargis» reagierte die chinesische Regierung unverzüglich. Ministerpräsident Wen Jiabao war nur Stunden nach dem Beben bereits im Katastrophengebiet und leitete dort persönlich die Rettungsarbeiten. China akzeptierte auch Hilfsangebote aus dem Ausland; selbst Rettungseinsätze der japanischen Armee – des einstigen Erzfeindes – waren willkommen. Das Beben löste in der chinesischen Bevölkerung eine beispiellose Solidaritätswelle aus. Besondere Anerkennung in den chinesischen Medien fand die Hilfe aus Taiwan, das offiziell noch immer als «abtrünnige Provinz» bezeichnet wird.

Die Präsidentenwahl vom 22. März 2008 hatte auf Taiwan ei-

nen Wechsel gebracht: Mit Ma Ying-jeou wurde der Kandidat der Kuomintang ins Präsidentenamt gewählt. Seit dem Jahr 2000 war Taiwan von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) regiert worden. Die DPP machte sich, anders als die Kuomintang-Partei, für die Unabhängigkeit der Insel stark. Tatsächlich liess sich in den vergangenen Jahren eine Entwicklung zu einer immer stärker werdenden taiwanischen Identität feststellen – was seitens der Regierung in Peking mit wachsendem Unwillen verfolgt wurde. Mehrfach drohte Peking, im Falle einer Unabhängigkeitserklärung militärisch zu intervenieren. Nach der Amtsübernahme durch Ma Ying-jeou trat im Verhältnis zu Festland-China eine Entspannung ein. KP-Chef Hu Jintao empfing in Peking den Vorsitzenden der Kuomintang-Partei, Wu Poh-hsiung. Nach dem Treffen wurde bekanntgegeben, dass Peking und Taipeh erstmals seit neun Jahren wieder direkt miteinander verhandeln wollten. Bereits beim ersten Gespräch – am 12. Juni – schlossen China und Taiwan ein Abkommen, das die Einrichtung von «Verbindungsbüros» vorsieht. Ausserdem beschlossen die beiden Seiten die Aufnahme regelmässiger direkter Flüge sowie eine Ausweitung von Reisen chinesischer Touristen nach Taiwan. Seit dem Ende des Bürgerkrieges in China vor 60 Jahren waren die Reiseverbindungen gekappt.

Weltwirtschaftliche Verwerfungen

Chinas Wirtschaftswachstum blieb beeindruckend: In den Jahren von 2002 bis 2007 betrug es zwischen 10 und 11,5 Prozent jährlich, und die Industrieproduktion stieg in diesem Zeitraum jährlich zwischen 15 und 19 Prozent. Besonders stürmisch verlief die Entwicklung des Aussenhandels: Die Ausfuhren nahmen zwischen 2003 und 2007 von 438 auf 1217 Milliarden US-Dollar zu (mit jährlichen Zuwachsraten zwischen 25 und 34 Prozent). Der Handelsbilanzüberschuss betrug 2006 über 200 Milliarden Dollar. Entsprechend der raschen Industrialisierung steigt der Energiebedarf der Volksrepublik stark an. Zwar verbrauchen Chinesen erst einen Bruchteil dessen, was Amerikaner und Europäer konsumieren. Der wachsende Energiehunger Chinas und Indiens erhöht jedoch die Nachfrage nach Erdöl, während das Angebot auf den internationalen Märkten stagniert. Im Juli 2007 schlug die Internationale Energieagentur (IEA) Alarm. Der Rohölpreis erreichte auf den internationalen Märkten immer neue Höchststände. Mitte Juni 2008 kletterte er auf 140 US-Dollar pro Barrel. Entsprechend erhöhten sich die Preise an den Zapfsäulen (in der Schweiz auf über 2 Franken).

Auch Reis und andere landwirtschaftliche Produkte wie Weizen, Mais, Zucker und pflanzliche Öle wurden auf den

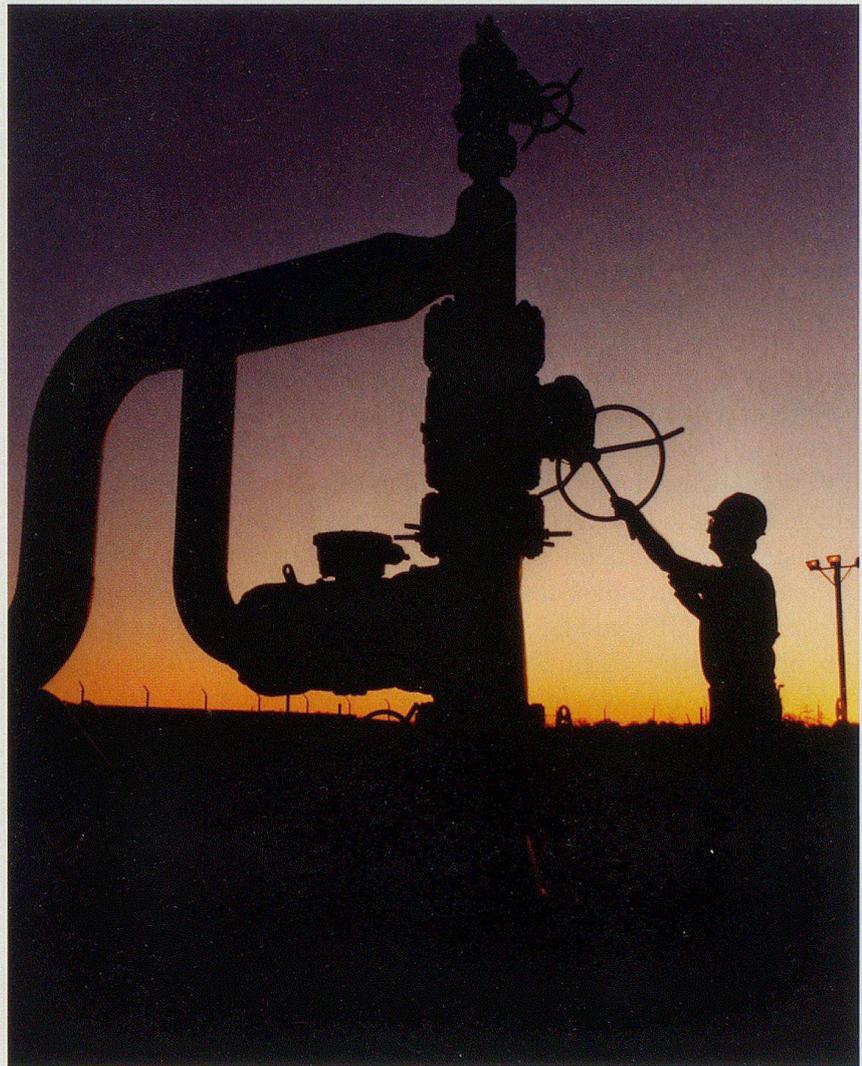


Bild: Keystone

Hohe Erdölpreise – sowie die Auswirkungen der Krise auf dem amerikanischen Hypothekemarkt werfen ihre Schatten auf die Weltwirtschaft.

Weltmärkten teurer. Klimatische Gründe wie Dürren und Tropenstürme trugen zu den Engpässen bei, ebenso die wachsende Beanspruchung von Landwirtschaftsböden für Siedlungszwecke und für die Produktion von Biotreibstoffen. Verschärft wurde die Lage durch staatliche Protektionsmassnahmen und private Spekulationen. Besonders betroffen von den Preiserhöhungen

für Grundnahrungsmittel sind Entwicklungsländer: Während in Industrieländern Nahrungsmittel durchschnittlich weniger als 20% der Haushaltsausgaben beanspruchen (USA und Deutschland 10%, Schweiz 11%, Grossbritannien 12%, Frankreich 16%), liegt der Anteil in armen Ländern sehr viel höher (Bangladesh 65%, Sri Lanka 62%, Kenya 50%, Pakistan und Ägypt-

ten 42%, Indien 33%, China 28%).

Schockwellen und Verunsicherung rund um den Globus löste die sogenannte «Subprime»-Krise aus: In den USA begannen die bis anhin stetig steigenden Immobilienpreise im Laufe des Jahres 2007 zu stagnieren oder sogar abzubröckeln. Gleichzeitig erklärten sich immer mehr Kreditnehmer ausserstande, ihre Hypotheken zu bedienen. Die Krise traf zahlreiche Finanzinstitute. Einige unter ihnen verzeichneten Verluste in Milliardenhöhe. Betroffen waren auch die Schweizer Grossbanken UBS und CS (siehe Innenpolitischer Rückblick). Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds vom April 2008 beliefen sich die Verluste als Folge der Finanzkrise auf bis zu 945 Milliarden US-Dollar. Um die Gefahr einer Rezession in den USA zu bannen, senkte die US-Notenbank mehrfach den Leitzins.

Fortschritte im Irak

Während Amerika und die Welt gebannt den Wahlkampf um die US-Präsidentschaft verfolgten und dem Anbrechen einer neuen Ära amerikanischer Politik entgegenfieberten, gerieten die «traditionellen» Krisenherde – Irak, Afghanistan, Nahost – eher etwas aus dem Blickfeld. Bemerkenswerterweise ging im Irak die politische Gewalt markant zurück. Entgegen den Empfehlungen der Baker-Kommission hatte die Bush-Regierung im

Sommer 2007 die Zahl der US-Truppen im Irak vorübergehend von 130 000 auf 150 000 Personen erhöht. Der Erfolg einer neuen Strategie unter dem Oberkommandierenden David Petraeus war so eklatant, dass bereits in den ersten Monaten 2008 ein Abbau auf 140 000 Soldaten ins Auge gefasst werden konnte. Auch die Regierung Maliki hatte Anteil an diesen Erfolgen: In mehreren Provinzen, u.a. im Süden des Landes und in Bagdad, vermochte sie ihre Autorität mit militärischen Mitteln zurückzugewinnen. Umfragen unter der irakischen Bevölkerung bestätigten die Fortschritte: Erstmals seit zwei Jahren beurteilte eine Mehrheit die persönliche Situation wieder positiv; knapp die Hälfte der Iraker glaubte, dass es ihnen in einem Jahr noch besser gehen werde. Verbessert hatte sich vor allem das Sicherheitsempfinden, aber auch wirtschaftlich spürten die Iraker Fortschritte. Markante Unterschiede zeigten sich allerdings nach wie vor zwischen den Bevölkerungsgruppen: Unter den Sunniten wurde die Lage weiterhin deutlich negativer eingeschätzt als unter den Schiiten. Offen blieb jedoch, wie nachhaltig die Erfolge im Kampf gegen die politische Gewalt waren und ob die irakischen Streitkräfte in absehbarer Zeit in der Lage sein würden, anstelle der US-Truppen für die Sicherheit im Land zu sorgen.

In Afghanistan stabilisierte sich die Sicherheitslage nicht. Besonders im Süden des Landes

schiene die Taliban weiter an Boden zu gewinnen. Mit Selbstmordanschlägen sorgten sie immer wieder für Opfer unter Nato-Truppen und Zivilpersonen. Am 27. April, anlässlich der Gedenkfeier zum 16. Jahrestag des Rückzugs der sowjetischen Truppen, entging der pakistanische Präsident Hamid Karsai nur knapp einem Attentat. Nach Angaben des afghanischen Verteidigungsministeriums wurden bei dem Anschlag der Taliban zwei Parlamentsabgeordnete leicht verwundet.

Einen empfindlichen Rückschlag in seinem Feldzug gegen den islamistischen Terror erlitt US-Präsident George Bush. Das Oberste Gericht in Washington hiess eine Klage von Guantánamo-Häftlingen gut, wonach auch Terrorverdächtige das Recht haben, bei einem Bundesgericht Klage gegen ihre Inhaftierung einzureichen. Viele von ihnen befinden sich seit mehr als sechs Jahren ohne Anklage hinter Gittern.

Gewalt in Südasien

Unruhige Zeiten erlebte Pakistan. General Pervez Musharraf, der das Land seit einem Militärputsch 1999 regiert, geriet im Vorfeld von Parlaments- und Präsidentenwahlen unter wachsenden Druck. Am 18. Oktober 2007 kehrte die ehemalige Premierministerin Benazir Bhutto nach acht Jahren Exil in ihre Heimatstadt Karachi zurück. Die Feiern wurden durch einen mörderischen Anschlag über-

schattet: Bei zwei Bombenexplosionen in unmittelbarer Nähe von Bhuttos Konvoi fanden 139 Menschen den Tod. Am 27. Dezember, zwei Wochen vor dem geplanten Termin für die Parlamentswahl, wurde Benazir Bhutto ihrerseits Opfer eines Attentats. Sie starb in Rawalpindi nach Schüssen während einer Wahlveranstaltung. Die Vermutung lag nahe, dass die Terrororganisation Al-Kaida bei beiden Anschlägen eine Drahtzieherrolle gespielt hatte. Nach Unruhen in weiten Teilen Pakistans wurde die Wahl auf den 18. Februar verschoben. Dabei verlor Präsident Musharraf seine bisherige Machtbasis: Die beiden Oppositionsparteien, die Pakistan People's Party (PPP) der ermordeten Benazir Bhutto und die Muslimliga PML-N von Nawaz Sharif, errangen einen Erdbebensieg.

Auf Sri Lanka kündigte die Regierung am 3. Januar 2008 den Waffenstillstand mit den tamilischen Rebellen vom Februar 2002 offiziell auf. In den Jahren zuvor war die Waffenruhe zwischen der LTTE-Guerilla im Norden und Osten des Landes und den Regierungstreitkräften zusehends brüchiger geworden. Die LTTE reagierte mit Bombenanschlägen, die zahlreiche Opfer forderten. – Im Himalaya-Staat Nepal ging eine 250jährige Epoche zu Ende. Das Land schaffte die Monarchie ab und erklärte sich zur Republik. Zuvor hatten Maoisten einen mehrjährigen blutigen Bürgerkrieg gegen



Bild: Keystone

Während einer Wahlkundgebung in Rawalpindi wird die pakistanische Oppositionsführerin Benazir Bhutto am 27. Dezember 2007 getötet. Der Anschlag löst eine Welle der Gewalt aus.

die Monarchie geführt. König Gyanendra akzeptierte die Entscheidung und kündigte an, künftig als einfacher Bürger in Nepal leben zu wollen.

Mittelöstliche Kraftproben

Iran setzte sein Katz- und Mausspiel mit der internationalen Staatengemeinschaft um sein Atomprogramm fort. Teheran beharrte auf der umstrittenen Uran-Anreicherung. Auch neue Sanktionen der Uno veranlassten den Mullah-Staat nicht zum Einlenken. Eine Überraschung stellte jedoch ein Bericht sämtlicher US-Geheimdienste dar, der im Dezember veröffentlicht wurde. Von Iran und seinem Atomprogramm gehe derzeit keine akute Gefahr aus, hiess es: Dieses sei 2003 eingestellt worden, und vor 2009, eher 2015, werde Teheran

wohl nicht in der Lage sein, Atomwaffen zu bauen. Trotzdem sah sich das mittelöstliche Land weiterhin mit grossem Misstrauen der Staatengemeinschaft konfrontiert. Präsident Ahmadineschad wiederholte mehrfach seine Meinung, dass Israel vernichtet werden müsse. Auch die anhaltende Unterstützung von bewaffneten schiitischen Organisationen im Irak und in Libanon durch Iran weckte Besorgnisse.

Im Libanon wurde die innenpolitische Krise beendet, die das Land zuvor an den Rand eines Bürgerkrieges getrieben hatte. Lange hatten sich die zerstrittenen Parteien nicht auf einen neuen Präsidenten zu einigen vermocht. Anfang Mai griffen die Hisbollah-Milizen zu den Waffen und eroberten die Kontrolle über West-Beirut. Die Lage entspannte sich Ende Mai 2008,

nachdem in Doha ein Kompromiss unter den libanesischen Parteien ausgehandelt worden war. Dieser machte den Weg frei für die Wahl Michel Soleimans zum neuen Präsidenten. Die schiitische Opposition und ihre Verbündeten erhielten eine Vetomacht in der Regierung, indem sie künftig elf von 30 Ministern stellen dürfen. Mehr als ein Drittel der Minister kann verfassungsgemäss jede Regierungsentscheidung blockieren. Die Hisbollah verpflichtete sich, ihre Waffen nicht mehr gegen Landsleute einzusetzen. Die Frage der Entwaffnung der Hisbollah wurde jedoch ausgeklammert.

Stagnation und Bewegung im Nahostkonflikt: Seit die Hamas 2007 im Gazastreifen die Macht übernommen hatte, waren die Verhandlungen zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Kontakte zwischen Israel und dem palästinensischen Präsidenten Abbas, dem Vorsitzenden der Fatah, beschränkten sich auf technische Fragen. Gewalt und Gegengewalt bestimmten weiterhin das Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern. Trotzdem gab es unerwartet Bewegung: Am 21. Mai 2008 bestätigten Israel und Syrien in koordinierten Erklärungen, dass sie unter türkischer Vermittlung über ein «umfassendes» Friedensabkommen verhandelten (Syrien fordert von Israel eine Rückgabe der Golanhöhen, die Israel seit dem Sechstagekrieg 1967 besetzt hält). Und

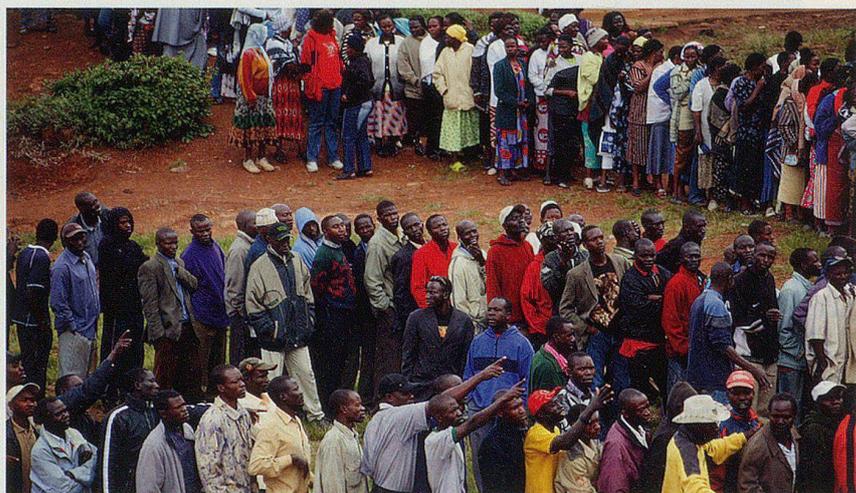


Bild: Keystone

In Kenia kommt es nach verbreiteten Unregelmässigkeiten bei den Präsidentschaftswahlen zu blutigen Auseinandersetzungen; mehr als eine Viertelmillion Menschen werden aus ihren Heimstätten vertrieben.

Mitte Juni liessen Israel und die Hamas verlauten, dass sie sich unter ägyptischer Vermittlung auf eine sechsmonatige Waffenruhe verständigt hätten.

Afrikanische Tragödien

Kenia, Zimbabwe und Südafrika, drei der bedeutendsten Staaten Afrikas, wurden von Unruhen erschüttert. In Kenia scheiterten die Präsidentschaftswahlen vom 27. Dezember 2007 an weitreichenden Unregelmässigkeiten. Der 76jährige amtierende Präsident Mwai Kibaki verfehlte gegen seinen Herausforderer Raila Odinga offenkundig die Mehrheit. Die Unfähigkeit des Amtsinhabers, seine Niederlage einzugestehen, löste schwere Unruhen aus, bei denen über 800 Menschen ums Leben kamen; gegen eine Viertelmillion Menschen wurden aus ihren Heimstätten vertrieben. Hintergrund der Aus-

einandersetzungen waren vor allem soziale und regionale Gegensätze, Landlosigkeit, Korruption und politische Ungleichgewichte. Hinzu kamen ethnische Konflikte zwischen dem Mehrheitsvolk der Kikuyu und den Luo. Die Luo-Region, ein relativ armer Landesteil, jedoch mit vergleichsweise hohem Bildungsniveau, sieht sich seit der Unabhängigkeit durch die Regierungen in Nairobi systematisch benachteiligt. Odinga, ein Luo, hatte Kibaki 2002 im Präsidentschaftswahlkampf unterstützt; das ihm in Aussicht gestellte Amt des Premierministers war ihm jedoch vorenthalten geblieben. Unter Vermittlung des früheren Uno-Generalsekretärs Kofi Annan kam schliesslich eine Lösung zustande, die eine Machtteilung zwischen Kibaki (Präsident) und Odinga (Premierminister) vorsah.

Auch Zimbabwes Präsident Robert Mugabe hielt eisern an

seiner Macht fest – obschon die Wähler seiner Zanu-PF bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen vom 28. März in ihrer Mehrheit den Rücken kehrten. Dies ungeachtet der brutalen Einschüchterungen, mit denen das Regime gegen die Opposition vorging. Nach langer Verzögerung und mehreren Nachzählungen, mit denen Mugabe das Wahlresultat zu seinen Gunsten umzudrehen versuchte, stand fest, dass die Partei des charismatischen Oppositionsführers Morgan Tsvangirai die Parlamentswahlen gewonnen hatte. Auch in der Präsidentenwahl hatte Tsvangirai offensichtlich obenaus geschwungen; doch setzte Mugabe durch, dass ein zweiter Wahlgang stattfinden musste. Die frühere britische Kolonie Rhodesien wird seit 1980 von Robert Mugabe regiert. Die katastrophale Wirtschaftslage (rund 200 000 Prozent Inflation, 85 Prozent Arbeitslosigkeit) hat drei Millionen Menschen in die Flucht getrieben.

Flüchtlinge aus Zimbabwe, aber auch aus Moçambique und andern Ländern Afrikas, wurden in Südafrika Opfer rassistischer Ausschreitungen. Die fremdenfeindliche Gewalt erschütterte vor allem Armenviertel von Johannesburg und Kapstadt.

Politik und Glamour in Europa

Gemessen an Umweltkatastrophen, Bürgerkriegen und politischer Gewalt auf andern Konti-

nenten erlebte Europa ein ruhiges, undramatisches Jahr: Die EU konnte einen weiteren Meilenstein ihrer Integrationsgeschichte feiern: Am 21. Dezember 2007 traten Esland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Tschechien, Ungarn und Malta offiziell dem Schengen-Raum bei. Der Reformvertrag von Lissabon hingegen scheiterte im einzigen Land, wo darüber eine Volksabstimmung stattfand: in Irland. Das Vertragswerk hätte an die Stelle des EU-Verfassungsprojekts treten sollen, das 2005 in Referenden in Frankreich und den Niederlanden Schiffbruch erlitten hatte. Es übernahm dessen Substanz praktisch unverändert, sah jedoch Änderungen bei Abstimmungsverfahren und striktere Aufnahmekriterien vor. Nach dem negativen Votum in Irland herrschte in der EU Ratlosigkeit über das weitere Vorgehen. Die von verschiedenen Politikern geäußerte Meinung, Irlands Vollmitgliedschaft temporär zu sistieren und den Vertrag in der übrigen EU in Kraft zu setzen – rechtlich ein unhaltbares Vorgehen –, stieß namentlich in Irland auf entschiedene Ablehnung. Das irische Debakel zeigte jedoch ein Grunddilemma der EU auf: Einerseits sieht sie sich immer wieder mit dem Vorwurf mangelnder Bürgernähe und Demokratie konfrontiert; andererseits birgt die Einräumung demokratischer Rechte das Risiko, dass die Union institutionell blockiert bleibt.

Bei Parlamentswahlen in mehreren europäischen Ländern

schwangen meistens rechte Parteien obenaus: In Griechenland (16.9.) konnte die regierende Neue Demokratie unter Ministerpräsident Konstantinos Karamanlis ihre absolute Mehrheit verteidigen. – In Dänemark behauptete sich die rechtsliberale Partei Venstre unter Ministerpräsident Rasmussen (13.11.). – In Italien kam es zu einem Regierungswechsel: Silvio Berlusconi Wahlbündnis gewann in beiden Parlamentskammern mit einem deutlichen Vorsprung auf das bisher regierende Mitte-links-Bündnis. Die Linke verlor ausserdem das Bürgermeisteramt in Rom. – Die Wahlen in Polen (20.10.) endeten mit einer Niederlage der Kaczynski-Brüder. Ihre national-konservative Partei kam noch auf knapp 30 Prozent; den Sieg errang Donald Tusk mit seiner liberal-konservativen Bürgerplattform (43 Prozent).

Die dicksten Schlagzeilen – und die meisten Bilder – konnte jedoch Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy verbuchen. Nicht wegen einer seiner zahlreichen politischen Initiativen, vielmehr wegen seines Privatlebens: Nachdem er sich wenige Monate nach seinem Amtsantritt 2007 von seiner Frau hatte scheiden lassen, heiratete er am 2. Februar das Model Carla Bruni. Sarkozys Popularität war diese stürmische Beziehung freilich kaum förderlich: Kein anderer französischer Präsident vor ihm ist in der Beliebtheit innerhalb eines Jahres so tief gesunken wie er.

Kein anderes Regierungssystem der Welt ist so sehr auf Kontinuität und Stabilität ausgerichtet wie das schweizerische – kein einziges schien so unerschütterlich. Das Referendumsrecht, eine Eigenart des schweizerischen Systems, hatte zur Konkordanz beigetragen: Seit 1959 waren alle grossen, referendumsfähigen Parteien im Bundesrat vertreten. Dieses System einer Mehrparteienregierung aus sämtlichen starken Kräften ist mit der Abwahl Christoph Blochers jäh zu Ende gegangen. Die Schweiz erlebte dramatische Momente – und eine eindruckliche Bestätigung, wie nahe Sieg und Niederlage, Hochmut und Fall in der Politik beieinander liegen können.

Blocher war 2003 in den Bundesrat gewählt worden – nachdem die SVP zur stärksten schweizerischen Partei geworden war. Die Verschiebung eines Regierungssitzes zur SVP hatte die CVP eines ihrer beiden bisherigen Mandate gekostet. Die Konkordanz schien ihre Anpassungsfähigkeit bewiesen zu haben – allerdings unter Inkaufnahme des Tabubruchs, dass ein amtierendes Mitglied des Bundesrates (Ruth Metzler) abgewählt wurde. Blocher leistete als Vorsteher des Justizdepartements anerkanntermassen gute Arbeit. Doch mit seiner Persönlichkeit und seinem Geltungsdrang eckte er auch als Bundesrat an: Mitunter schien der streit-

bare Zürcher mehr als Parteiführer denn als Mitglied der Landesregierung zu agieren. So etwa, als er anlässlich einer Türkei-Visite die Rassismus-Strafnorm der Bundesverfassung kritisierte. Auch in der öffentlichen Diskussion polarisierte Blocher wie eh und je. Seine zahlreichen Kritiker im Lager der SP, der Grünen und der CVP kreideten ihm an, das Prinzip der Gewaltenteilung und die Rolle der Bundesgerichte gering zu schätzen.

Triumph der SVP

Nicht überraschend wurden die Parlamentswahlen 2007 zu einem Plebiszit pro oder kontra Blocher. Sachthemen wie Europa-, Ausländer-, Sozial-, Finanz-, Energie- oder Umweltpolitik rückten völlig in den Hintergrund der parteipolitischen Diskussion. Als die GPK des Nationalrats im September mit einem Bericht an die Öffentlichkeit trat, wonach Blocher 2006 unter Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung die Absetzung von Bundesanwalt Valentin Roschacher betrieben habe, schien es wochenlang für Medien und Politiker nur noch ein Thema zu geben: Christoph Blocher. Insbesondere die St. Galler CVP-Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz profilierte sich als Präsidentin einer GPK-Subkommission mit Unterstellungen, die sich im nachhinein als unhaltbar herausstellten.

Die SVP nahm den Ball dankbar auf und bestritt den Wahlkampf mit Blocher als Galionsfigur. Der Erfolg gab ihr Recht: Sie steigerte ihren Wähleranteil gesamtschweizerisch auf 28,9 Prozent und baute damit ihre Position als wählerstärkste Partei um weitere 2,2 Prozent aus. Dieses Ergebnis war umso bemerkenswerter, als die SVP bei den Wahlen 1991 erst auf 11,9 Prozent gekommen war und sich innerhalb von 16 Jahren um fast das Zweieinhalbfache gesteigert hatte. «Eine solche Steigerung wie auch die erreichte Parteistärke ist in der Geschichte der Nationalratswahlen seit den ersten Proporzwahlen von 1919 einzigartig», bilanzierte das Bundesamt für Statistik: «Die SVP ist nun fast so stark wie FDP und CVP zusammen.» In der Deutschschweiz verbesserte die SVP ihre Parteistärke seit 1991 um 18,8 auf 32,4 Prozent, in der Romandie um 16,9 auf 20,9 Prozent.

Wie der SVP legte auch die Grüne Partei (GPS) gegenüber 2003 um 2,2 Prozentpunkte zu und kam neu auf 9,6 Prozent. Zu den Siegern zählten auch die Grünliberalen, eine Abspaltung der GPS in Zürich und St. Gallen. Sie erreichten aus dem Stand eine gesamtschweizerische Parteistärke von 1,4%. Die Sozialdemokratische Partei als grosse Verliererin büsste 3,8% ein und rutschte auf 19,5% ab. Die SP verbuchte damit das dritt-

schlechteste Ergebnis seit 1919. Gar ihr schlechtestes Wahlergebnis erzielte die FDP; sie fiel von 17,3 auf 15,8% zurück. Die CVP stagnierte bei 14,5%. Insgesamt verbesserten sich die bürgerlichen Mitte- und Rechtsparteien leicht auf 63,5%; jene der SP, der Grünen und der kleinen Linksparteien verschlechterte sich um 2 Prozentpunkte auf 30,4%.

Blochers Abwahl

Die gedemütigte SP schickte sich nicht in ihr Schicksal. Im Zusammenspiel mit den Grünen und der auf Rache für 2003 sinnenden CVP gelang es ihr, Christoph Blocher in der Bundesrats-Erneuerungswahl vom 12. Dezember 2007 zu Fall zu bringen. Blocher schaffte die Wiederwahl nicht. An seiner Stelle wählte die Vereinigte Bundesversammlung die Bündner Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Ingeheim hatten sich die Drahtzieher des Coups, der Bündner Sozialdemokrat Andreas Hämmerle und CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay, mit Widmer-Schlumpf verständigt. Nach einem Tag Bedenkzeit erklärte sie Annahme der Wahl, um – wie sie sagte – «der SVP den Sitz im Bundesrat zu retten». Die von den Ereignissen sichtlich überumpelte SVP reagierte empört. Sie schloss Widmer-Schlumpf sowie ihren zweiten Bundesrat, Samuel Schmid, umgehend aus der Fraktion aus. Gegen Widmer-Schlumpf wurde ausserdem ein Parteiausschlussverfahren

eingeleitet. Statutengemäss konnte ein Parteimitglied nur von der eigenen Kantonalpartei ausgeschlossen werden. Als die Bündner der Aufforderung der Parteileitung nicht nachkamen, richtete sich das Verfahren gegen die gesamte Kantonalpartei.

Das SVP-Vorgehen stiess in der schweizerischen Öffentlichkeit auf gegensätzliche Reaktionen: Bei Kantonalwahlen in den ersten Monaten 2008, namentlich in den Kantonen Thurgau, St. Gallen und Glarus, legte die SVP markant zu. Im Kanton St. Gallen errang die SVP einen Sitz in der Kantonsregierung auf Kosten der FDP; zur besonderen Genugtuung der SVP musste die CVP überdies nach dem ersten Wahlgang Lucrezia Meier-Schatz als Kandidatin auswechseln. Andererseits mangelte es nicht an

Sympathiebekundungen für die neu gewählte Bundesrätin: Am 11. April 2008 nahmen über 12'000 Personen auf dem Bundesplatz in Bern an einer Demonstration für Eveline Widmer-Schlumpf teil, zu der diverse Frauenverbände aufgerufen hatten. Am 1. Juni 2008 schloss der Zentralvorstand der SVP Schweiz die Bündner Kantonalsektion aus der SVP Schweiz aus.

Das kompromisslose Vorgehen der SVP-Spitze wurde für die Partei zur Zerreihsprobe. Als Reaktion auf den Ausschluss der Bündner Kantonalpartei kündigten einige prominente Berner SVP-Mitglieder an, aus der Partei auszutreten und eine neue politische Formation gründen zu wollen. Auch Bundesrat Samuel Schmid liess verlauten, sich von der SVP lösen zu wollen. Der Abspal-



Bilder: Keystone

Mit Christoph Blocher als Galionsfigur gewinnt die SVP die Nationalratswahlen vom 21. Oktober 2007. Am 12. Dezember 2007 wird Christoph Blocher von der Vereinigten Bundesversammlung als Bundesrat abgewählt. Eveline Widmer-Schlumpf nimmt die Wahl in den Bundesrat nach einem Tag Bedenkzeit an. Die SVP schliesst sie zusammen mit ihrer Kantonalpartei aus ihren Reihen aus.

tungsbeschluss stiess in der Kantonalberner SVP allerdings nicht auf den erhofften Widerhall. Die Abtrünnigen formierten sich neu unter dem Namen «Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz».

Bittere Niederlagen

Eine herbe Niederlage erlitt die SVP in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 1. Juni 2008. Volk und Stände lehnten drei von ihr getragene Vorlagen mit deutlichen Mehrheiten ab: die Einbürgerungsinitiative mit 63,8% Nein, die SVP-Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» mit 75,2% Nein und den Verfassungsartikel «für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung» mit 69,5% Nein. Im Sinne von Bundesrat und Parlament hatte das Volk auch am 24. Februar 2008 abgestimmt: Es lehnte die Volksinitiative «gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten» mit 68,1% Nein ab; die Unternehmenssteuerreform wurde mit 50,5% Ja gebilligt.

An der Spitze mehrerer Parteien kam es zu personellen Wechseln: Der Schaffhauser Hans-Jürg Fehr, der die SPS seit März 2004 geführt hatte, wurde vom Freiburger Gewerkschaftsfunktionär Christian Levrat als neuer Parteipräsident abgelöst. Ueli Maurer trat als Präsident der SVP Schweiz zurück. Ihn ersetzte der Toggenburger Nationalrat Toni Brunner, während Christoph Blocher als einer von 5 Vizepräsidenten gewählt wurde. An

der Spitze der Grünen Partei der Schweiz löste Ueli Leuenberger Ruth Genner ab; Genner wurde neu in den Zürcher Stadtrat gewählt – als Nachfolgerin von Monika Stocker, welche nach zahlreichen Affären in ihrem Sozialdepartement das Handtuch geworfen hatte. CVP-Präsident Christoph Darbellay aspirierte auf einen Sitz in der Walliser Kantonsregierung, wurde aber von der Unterwalliser Sektion nicht nominiert, so dass er vorläufig an der Spitze der CVP blieb.

Ausserordentliche Ereignisse

Zu den ausserordentlichen Ereignissen der Berichtsperiode gehörten zwei tragische Militärunfälle: Am 12. Juli 2007 wurden sechs Armeeangehörige beim Aufstieg zum Jungfraugipfel im Berner Oberland von einem Schneebrett in den Tod gerissen. Und am 12. Juni 2008 endete eine Schlauchboot-Übung auf der Kander im Berner Oberland für fünf Wehrmänner tödlich. Wegen Unregelmässigkeiten, die nach dem Kander-Unglück bei der Kaderselektion zum Vorschein kamen, musste der Chef der Luftwaffen, Korpskommandant Walter Knutti, auf Druck von Armeechef Roland Nef demissionieren.

Nicht alltäglich war auch, was Bundespräsident Pascal Couchepin am 23. Mai 2008 bekanntgab: Der Bundesrat habe in einem brisanten Fall von Weitergabe von Atomtechnologie die Vernichtung von Akten genehmigt. Laut Cou-

chepin beinhalteten die Pläne ein «erhebliches Sicherheitsrisiko für die Schweiz und die Staatengemeinschaft»: «Es handelte sich insbesondere um detaillierte Baupläne für Nuklearwaffen, für Gas-Ultrazentrifugen zur Anreicherung von waffenfähigem Uran sowie für Lenkwaffenträgersysteme.» Die Regierung begründete die Vernichtung auch mit dem internationalen Vertrag über Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Die Vernichtung sei «unter Aufsicht» der Internationalen Atomenergieagentur (IAEO) in Wien erfolgt. Die Aktion wurde in der Schweiz fast einhellig verurteilt. Insbesondere wurde die Vermutung geäussert, der Bundesrat habe auf Druck der CIA gehandelt (was die Landesregierung jedoch dezidiert verneinte). Aussagen aus dem Kreise der IAEO deuteten darauf hin, dass es sich um Pläne für besonders weit fortgeschrittene Nuklearwaffen gehandelt hatte.

Wolken am Konjunkturm Himmel

Auf wirtschaftlichem Gebiet war 2007 für die Schweiz ein erfreuliches Jahr: Das Wachstum des Bruttoinlandproduktes erreichte 3,4 Prozent; die Arbeitslosigkeit sank auf 2,4%. Der Exportsektor als eine der tragenden Säulen profitierte von einem günstigen Konjunkturmilieu in Europa sowie von einem vergleichsweise tiefen Franken-Kurs gegenüber dem Euro. Dank der Personenfreizügigkeit war es für schweizerische Unternehmen leichter

als bisher, benötigtes Fachpersonal auch im Ausland – vor allem in Deutschland – zu rekrutieren. Die dynamische Wirtschaftsentwicklung schlug sich auch in den öffentlichen Finanzen günstig nieder: Die Erfolgsrechnung des Bundes schloss mit einem Einnahmenüberschuss von 3,7 Milliarden Franken. Verglichen mit dem Vorjahr wuchsen die Einnahmen um 5,8 Prozent.

Wolken am Konjunkturhimmel zogen indessen im Sommer 2007 auf: Die Schweiz geriet mit in den Strudel der Finanzkrise, die ihren Ursprung in den USA hatte. Die Grossbank UBS musste bekanntgeben, dass sie sich mit US-Hypothekenpapieren spekuliert hatte. Bis Dezember 2007 schrieb die UBS total 15 Milliarden Franken ab; drei Monate später erhöhte sich diese Zahl auf 40 Milliarden Franken. Am 1. April 2008 gab die UBS bekannt, dass weitere 19 Milliarden Schweizer Franken abgeschrieben werden müssten. Marcel Ospel verzichtete schliesslich auf eine Wiederwahl als Verwaltungsratspräsident an der Generalversammlung vom 23. April 2008. Auch die Grossbank CS wurde von der Subprime-Krise erschüttert.

Im Verbund mit dem starken Anstieg der Erdölpreise wirkte sich die Finanzkrise auch auf die Konjunktur aus: Die prognostizierten Wachstumsraten für 2008 mussten sukzessive zurückgenommen werden. Auch die Teuerung erhöhte sich markant; allein im Mai 2008 stiegen die Konsumentenpreise innert Mo-



Bild: Keystone

Mit der Fussball-Europameisterschaft holt sich die Schweiz als Organisatorin (zusammen mit Österreich) viele Lorbeeren. Das Schweizer Team unter Trainer Köbi Kuhn scheidet jedoch bereits in der Vorrunde sang- und klanglos aus.

natsfrist um 3,7%. Hingegen verzeichnete die Schweiz weiterhin ein markantes Beschäftigungswachstum; Ende Mai 2008 waren noch 95 000 Menschen als Arbeitslose registriert. Allerdings nahm die Sorge um Arbeitsplätze und Wirtschaft in der Öffentlichkeit wieder spürbar zu.

Steuerstreit mit der EU

Trotz der bilateralen Abkommen sah sich die Schweiz mit einer Forderung aus Brüssel konfrontiert. Die EU-Kommission bezeichnete Steuervergünstigungen für Unternehmen in einzelnen Kantonen als staatliche Beihilfen und als unvereinbar mit dem Freihandelsabkommen von 1972. Ausserdem kritisierte sie die steuerliche Unterscheidung zwischen Einkünften aus dem Ausland und solchen aus dem Inland. Sie verlangte mit drohendem Unterton

deren Abschaffung. Die Schweiz wies die Kritik aus Brüssel als unbegründet zurück. Sie berief sich auf das Fehlen einer vertraglichen Regelung, welche unser Land mit seinen kantonalen Steuerhoheiten zur Angleichung der Unternehmensbesteuerung verpflichtet. Immerhin erklärte sich der Bundesrat zu «Gesprächen» mit der EU bereit. Eine von Finanzminister Merz eingesetzte Arbeitsgruppe trug ebenfalls zur Entkrampfung des angespannten Verhältnisses bei.

Wie sehr die Schweiz mit dem übrigen Europa verflochten ist, bewies sie mit der Ausrichtung der Fussball-Europameisterschaft 08 (gemeinsam mit Österreich). Die Grossveranstaltung ging reibungslos über die Bühne. Einziger Wermutstropfen: die Schweizer Mannschaft vermochte nicht zu brillieren und schied bereits in der Vorrunde aus.